



Newsletter Dezember 2005

Aus den Ministerien

- Bundesregierung forciert Gebäudesanierung 2
- Sigmar Gabriel: Deutschland wird weiterhin Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen 2

zukunft haus

- Niedrigenergiehaus im Bestand – Jahresauftakt mit 2 Fachveranstaltungen in Sachsen 4
- Gemeinsam für mehr Energieeffizienz von Nichtwohngebäuden 4
- Contracting in der kommunalen Praxis: Potenziale und Erfahrungen – dena-Fachveranstaltung für kommunale Entscheidungsträger 5
- Ab 2006: Mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt 6
- dena-Kongress „zukunft haus 2005“: Wachstumsschub für Baubranche durch energetisches Innovationsprogramm 7
- Energiekosten drastisch senken - Kommunales Energiemanagement muss deutlich verbessert werden 7
- Moderne Wohnungslüftung - Richtiges Lüften spart Geld und schützt vor Gebäudeschäden 8
- Große Nachfrage nach energetischer Gebäudesanierung 9

Aktuelles

- Im Durchschnitt 2,44 Euro/qm monatlich für die „zweite Miete“ 10
- Sanierung - Komponenten im Praxistest 10

Förderung

- Förderung von Solarwärmeanlagen - Anträge trotz Förderstopp stellen! 11

Preise und Statistik

- Entspannung auf dem Weltmarkt lässt Heizölpreise auch in Deutschland sinken 11

Veranstaltungen

- Veranstaltungskalender 12

Impressum 12

Bundesregierung forciert Gebäudesanierung

Staatssekretärin Roth: CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt - Energiepass kommt 2006

„Eine bessere Energieeffizienz bei Gebäuden spart Betriebskosten und entlastet die Umwelt. Wir wollen die Förderung in diesem Sektor daher deutlich erhöhen. Unser Ziel ist, dass jedes Jahr 5% des älteren Gebäudebestandes energetisch saniert werden. Dazu wird das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zukünftig mit mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr ausgestattet“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesbauminister, Karin Roth, auf dem „zukunft haus Kongress 2005“ der Deutschen Energie-Agentur.

Die Verbesserung der Energieeffizienz ist ein Schwerpunkt der Bundesregierung. Bis 2020 soll die Energieproduktivität in Deutschland gegenüber 1990 verdoppelt werden. Roth verwies auf die Festlegungen der großen Koalition. Sie müssen jetzt schnell umgesetzt werden. Neben der Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms sollen in Kürze Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in privaten Haushalten steuerlich absetzbar sein. Dadurch erwartet Roth insgesamt einen Investitionsschub von über 10 Milliarden Euro. „Die energetische Gebäudesanierung wird eine Jobmaschine anwerfen und auf viele Jahre zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Ökologische Verantwortung und positive wirtschaftliche Impulse lassen sich kaum besser miteinander verbinden als bei der Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Der Wohnungsbau hat eines der größten Entwicklungspotenziale für nachhaltiges Planen, Bauen und Wirtschaften“, so Roth.

Neben der finanziellen Förderung plant die Bundesregierung, 2006 Energieausweise für den Gebäudebestand einzuführen, die für mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt sorgen. „Käufer und Mieter können sich dann über die energetische Qualität der angebotenen Immobilie auf einfache Weise informieren. Zu der für die Einführung des Energiepasses notwendigen Novellierung der Energieeinsparverordnung werden wir in Kürze einen Referentenentwurf vorlegen“, sagte die Staatssekretärin. Mit Blick auf die Immobilienwirtschaft kündigte sie an, sich für einfache und kostengünstige Lösungen einzusetzen. Außerdem sollen die Möglichkeiten für Übergangsregelungen ausgeschöpft werden. Mit Inkrafttreten der Neuregelung wird die Ausstellung von Energieausweisen auch bei Neuvermietung oder Verkauf einer Immobilie Pflicht. Bei Neubauten sind ohnehin seit Anfang 2002 Energiebedarfsausweise verpflichtend vorgesehen.

Die Einführung des Energiepasses wird durch weitere ergänzende Maßnahmen staatlicher Förderung begleitet. „Die bewährten Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) werden fortgeführt und noch wirksamer gestaltet. Darüber hinaus werden wir das erfolgreiche Projekt ‚Niedrigenergiehäuser im Bestand‘ bei der Deutschen Energie-Agentur erheblich verstärken“, sagte Roth. Die Staatssekretärin wies auf die Bedeutung von an der Praxis orientierten Hilfestellungen, umfassenden Fachinformationen und Vorzeigeprojekten hin. „Die Praxis ist das überzeugendste Argument für die Innovationschancen und Entwicklungsperspektiven in diesem Bereich. Diesem Ziel dient die von der Bundesregierung gemeinsam mit 25 Verbänden durchgeführte ‚Initiative kostengünstig qualitätsbewusst Bauen‘“, so Roth.

Weitere Informationen zu der Aktion erhalten Sie im Internet unter:

www.bmvbs.de

Sigmar Gabriel: „Deutschland wird weiterhin Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen“

Bundesumweltminister Gabriel auf der Klimakonferenz in Montreal: „Die Dimensionen des Klimawandels werden immer noch unterschätzt und in verantwortungsloser Weise ignoriert...

„Dabei ist es nicht mehr zu übersehen, dass die Häufung extremer Wetterlagen und die Verschiebung ganzer Klimazonen katastrophale wirtschaftliche und soziale Folgen haben kann. Wer jetzt noch über die Kosten des Klimaschutzes klagt, sollte sich die gewaltigen Kosten vor Augen führen, die unterlassener oder halbherziger Klimaschutz verursachen kann. Wir müssen dem Klimawandel entgegenreten. Das ist eine der zentralen Herausfor-

derungen des 21. Jahrhunderts. Deshalb wird die Bundesregierung eine konsequente Klimaschutzpolitik betreiben und Deutschland weiterhin eine führende Rolle im Klimaschutz wahrnehmen.“

Im Mittelpunkt der Montrealer Konferenz stand die vollständige Umsetzung des Kyoto-Protokolls, Verbesserungen an bestehenden Instrumenten und die Einleitung eines Verhandlungsprozesses für die Zeit nach 2012.

Bei der Frage der vollständigen Umsetzung des Kyoto-Protokolls geht es um die Einrichtung eines Überprüfungsausschusses, der die Einhaltung der Verpflichtungen, die die einzelnen Vertragsstaaten eingegangen sind, beobachtet und überwacht. Damit werden die Vereinbarungen der Klimakonferenz von Marrakesch (2001) formal angenommen.

Verbesserungen soll es im Verfahren des ‚Clean Development Mechanismus‘ (CDM - sauberer Mechanismus) und bei der Anpassung an den Klimawandel geben. Der CDM erlaubt Staaten – im Rahmen des EU-Emissionshandels auch einzelnen Unternehmen – einen Teil der eingegangenen Reduktionsverpflichtungen durch Projekte zu erfüllen, die den Ausstoß von Treibhausgasen in Entwicklungsländern mindern.

Schließlich wurde die Frage einer Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls und der Klimarahmenkonvention diskutiert. Die im Kyoto-Protokoll für Industrieländer verankerten Obergrenzen für den Ausstoß von Treibhausgasen sind bisher nur bis Ende 2012 festgelegt. Die Bundesregierung setzte sich dafür ein, dass in Montreal ein Verhandlungsprozess für die Fortentwicklung des Klimaregimes für die Zeit nach 2012 gestartet wird. Um diesen Prozess effektiv zu gestalten, wurde ein Zeitplan für die Verhandlungen festgelegt, mit dem Ziel, am Ende wesentlich ehrgeizigerer Reduktionsziele festzulegen.

„Kyoto ist nur ein erster Schritt, dem bald weitere anspruchsvolle Schritte folgen müssen. Zu dem mit dem Kyoto-Protokoll eingeschlagenen Weg und seinen völkerrechtlich verbindlich festgelegten Emissionsgrenzen gibt es keine Alternative. Das Kyoto-Protokoll ist das einzige internationale Instrument, das Staaten tatsächlich Emissionsreduktionen abverlangt. Über den Emissionshandel liefert das Kyoto-Protokoll zudem die Mittel, diese Reduktionen so kostengünstig wie möglich vorzunehmen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir auf dieser Basis in Montreal einen effektiven Prozess der Fortentwicklung einleiten, der es möglichst vielen Staaten erlaubt, sich anzuschließen und eigene Beiträge zum Klimaschutz zu leisten. Wenn alle Staaten am Ende der Konferenz von Montreal bereit sind, in diesem Prozess mitzuarbeiten, haben wir schon viel gewonnen“, so Bundesumweltminister Gabriel.

Das Kyoto-Protokoll, 1997 von der damaligen Umweltministerin Angela Merkel in der japanischen Kaiserstadt Kyoto ausgehandelt, ist am 16. Februar dieses Jahres in Kraft getreten. Es verpflichtet Industrieländer zur Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen. Wie weit die Emissionen gesenkt werden müssen, ist für jedes Industrieland individuell in einem Reduktionsziel festgelegt. Deutschland hat sich im Rahmen der Lastenteilung der EU verpflichtet, in der Zeit von 2008 bis 2012 eine Reduktion der Treibhausgase von 21% gegenüber 1990 zu senken. Davon sind bereits 18,5% erreicht.

Das Kyoto-Protokoll baut auf der Klimarahmenkonvention von 1992 auf, mit der sich die Vertragsstaaten verpflichtet haben, gefährlichen Klimawandel zu verhindern. 189 Staaten sind Mitglied der Klimarahmenkonvention, davon haben 156 - wie Deutschland - auch das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Die USA sind zwar Vertragsstaat der Klimarahmenkonvention, lehnen aber das Kyoto-Protokoll und verbindliche Reduktionsziele für Treibhausgase ab.



Bundesumweltminister
Sigmar Gabriel
(Bild: www.bmu.de)

Niedrigenergiehaus im Bestand – Jahresauftakt mit 2 Fachveranstaltungen in Sachsen

Damit trägt die dena der sehr starken sächsischen Beteiligung am „Modellvorhaben „Niedrigenergiehaus im Bestand“ Rechnung. 13 der 110 Bauvorhaben des Jahres 2006 sind in Sachsen.

Auf beiden Veranstaltungen wird das BMVBS über den aktuellen Stand der Einführung des Energiepasses informieren und Zusammenhänge zur energetischen Modernisierung des Wohngebäudebestandes erläutern.

Am 25.01.2006 in Freital bei Dresden wird der Fokus auf Strategien und Potenzialen zur energieeffizienten Sanierung liegen. Staatsminister Dr. Buttolo erläutert dazu die Chancen der energetischen Sanierung im Zusammenhang mit dem Stadtumbau Ost. Im Anschluss an die Veranstaltung stehen Busse bereit, die die Teilnehmer zu nahe gelegenen Bauvorhaben bringen. Dort wird das Thema energetische Sanierung am praktischen Beispiel vor Ort erläutert.

Am 04.02.2006 findet in Leipzig parallel zur Leipziger Baufachmesse „baufach“ eine Fachveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Leipzig statt. Fachlicher Schwerpunkt wird die Vermeidung von Feuchteschäden und Schimmel durch effiziente Lüftungstechnik sowie durch fachgerechte Installation von Innendämmung sein. In einem weiteren Fachbeitrag wird die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie in Deutschland erläutert - von der DIN 18599 bis zum Energiepass.

Gemeinsam für mehr Energieeffizienz von Nichtwohngebäuden

Im Rahmen des GreenBuilding-Programms veranstaltet die dena in Frankfurt den ersten GreenBuilding Workshop zum Thema Energieeffizienz im Nicht-Wohngebäude. Dieser widmet sich neben den Möglichkeiten zur effizienten Gebäudeheizung vor allem der Energieeinsparung im Bereich der Lüftungs-, Klima-, Beleuchtungs- und Bürotechnik.

Während in Wohngebäuden der Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser den mit Abstand größten Anteil am Gesamtenergieverbrauch darstellt, liegt bei den Nicht-Wohngebäuden ein beachtlicher Anteil des Energieverbrauches im Strombereich.

Die Deutsche Energie-Agentur bündelt unter ihren beiden Dachmarken „zukunft haus“ (Energieeffizienz im Gebäudebereich) und „Initiative Energie-Effizienz“ (Energieeffizienz im Strombereich) alle Aktivitäten zum Thema energieeffiziente Nicht-Wohngebäude.

Konkret koordiniert die dena die Pilotphase des EU-Programms GreenBuilding und ist erste Ansprechpartnerin in Deutschland. Ziel ist es, die Optionen zur Steigerung der Energieeffizienz in Nicht-Wohngebäuden einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Interessenten werden bei ihrer Teilnahme am GreenBuilding-Programm aktiv von der dena unterstützt. Dazu werden derzeit in zehn EU-Mitgliedsstaaten nationale Beratungszentren aufgebaut.

Es sollen derzeit bestehende Hemmnisse – insbesondere Informations-, Bewusstseins- und Sachkenntnisdefizite der verantwortlichen Akteure – abgebaut werden, die wirtschaftliche Investitionen in energieeffiziente Gebäudetechnik unter Einbeziehung erneuerbarer Energiequellen behindern. Die auf freiwilliger Basis teilnehmenden Organisationen und Unternehmen werden im Rahmen des Programms bei der Analyse des Gebäude-Energieverbrauchs sowie bei der Konzeption und der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Gebäude-Energieeffizienz unterstützt.

Der erste Workshop stellt das EU-weite Projekt „GreenBuilding“ vor und informiert über die Energieeinsparpotenziale in Nicht-Wohngebäuden, speziell bei Sanierungen. Die Veranstaltung soll vor allem den Teilnehmern zum Austausch dienen und Ihnen die Möglichkeiten der Mitwirkung am Projekt „GreenBuilding“ aufzeigen.

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten der Beteiligung bei GreenBuilding:

→ **GreenBuilding-Partner:** Dieses Angebot gilt in erster Linie für Eigentümer von Nicht-Wohngebäuden.

→ **GreenBuilding-Unterstützer:** Dieses Angebot gilt beispielsweise für Planer, Berater, Contractoren und Hersteller.

Über den Programmablauf des Workshops informieren wir Sie in Kürze unter

www.green-building.de

Contracting in der kommunalen Praxis: Potenziale und Erfahrungen – dena-Fachveranstaltung für kommunale Entscheidungsträger

Die Fachveranstaltung für Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung am 02. Februar 2006 in Stuttgart gibt Impulse für kommunales Energiemanagement und zeigt Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz in öffentlichen Liegenschaften auf.

Die dena-Fachveranstaltung zum Thema: „Contracting in der kommunalen Praxis: Potenziale und Erfahrungen“ am 02. Februar 2006 in Stuttgart wird umfassend über sich ändernde gesetzliche Rahmenbedingungen (EnEV 2006) und die Einführung von Energieausweisen für öffentliche Liegenschaften informieren und Energie-Contracting als ein Instrument für mehr Energieeffizienz in öffentlichen Liegenschaften beleuchten.

Die Energieversorgung von kommunalen Liegenschaften verursacht jedes Jahr Energiekosten von über zwei Mrd. €. Aufgrund steigender Energiepreise, der angespannten Haushaltslage und sich ändernder gesetzlicher Rahmenbedingungen stehen viele Kommunen vor großen Herausforderungen im Hinblick auf das Energiemanagement ihrer Liegenschaften.

Durch die Novellierung der Energieeinsparverordnung EnEV2006 werden Energieausweise für Bestandsgebäude in Deutschland nächstes Jahr zur Pflicht. Die öffentliche Hand soll dabei eine Vorbildfunktion einnehmen:

Energieausweise in Gebäuden mit großem Publikumsverkehr und einer Nutzfläche über 1.000 qm müssen öffentlich ausgehängt werden.

Energie-Contracting als Finanzierungs- und Betriebsverfahren kann hierbei einen wichtigen Beitrag zur Optimierung des Energiemanagements leisten. Mit Energie-Contracting werden wirtschaftliche Energiesparpotenziale in Bestand und Neubau öffentlicher Liegenschaften erschlossen, ohne dass zusätzliche Haushaltsbelastungen für die öffentliche Hand entstehen. Durch Contracting wird die öffentliche Hand sowohl von der organisatorischen Umsetzung der Energiesparmaßnahmen als auch von den erforderlichen Investitionen entlastet. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei, dass die Energiekosten oder eine bestimmte Reduzierung der Energiekosten für einen längeren Vertragszeitraum garantiert werden.

Anmeldung und Programm der Veranstaltung unter:

www.deutsche-energie-agentur.de/page/index.php?id=3359

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen:

www.zukunft-haus.info

www.contractingoffensive.de

Ab 2006: Mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt

Der Energiepass für Gebäude kommt später, aber er kommt.

Deutschland führt einen Energiepass für Gebäude ein - nicht bereits zum 4. Januar 2006 aber voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres. Der Pass wird für mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt sorgen und kräftige Impulse für Modernisierungsmaßnahmen und Investitionen in die energetische Gebäudesanierung geben, betont die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) in Berlin.

Bevor der Energiepass in Deutschland zur Pflicht werden kann, muss die Bundesregierung die EU-Vorgaben in nationales Recht umsetzen. Ein erster Schritt war in diesem Jahr die Verabschiedung des neuen Energieeinsparungsgesetzes. Es fehlt noch eine neue Energieeinsparverordnung (EnEV) 2006, in der die Details für den Energiepass festgelegt werden. Erst nach Inkrafttreten der EnEV müssen Gebäudeeigentümer den Energiepass erstellen lassen, wenn sie ein Haus oder eine Wohnung bauen, verkaufen oder vermieten wollen. Das gilt sowohl für bestehende Wohnimmobilien als auch für Büro- und Dienstleistungsgebäude. Für Neubauten sind Energiepässe nichts Neues: Hier gilt die Pflicht schon seit 2002.

Aufgrund der EU-Vorgaben gilt grundsätzlich: Der Energiepass muss die Gesamteffizienz eines Gebäudes anzeigen, Vergleichswerte liefern und Modernisierungstipps geben. Die Darstellung und die Inhalte werden abschließend erst mit der neuen Energieeinsparverordnung festgelegt. Klar ist jedoch, dass die Kerninformation des Energiepasses, die Gesamtenergieeffizienz des Gebäudes, in einem allgemein verständlichen und bundesweit einheitlichen Label dargestellt werden soll.

Um die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie vorzubereiten, führte die dena in enger Kooperation mit den zuständigen Ministerien im Jahr 2004 einen bundesweiten Feldversuch zum Energiepass durch. Während dieses einjährigen Praxistests wurden über 4.000 bedarfsorientierte Pässe für unterschiedlichste Gebäude ausgestellt. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Energieeinsparverordnung 2006 (EnEV) ein.

Im dena-Feldversuch kostete der Energiepass im Kurzverfahren weniger als 200 Euro bei Einfamilienhäusern und weniger als 300 Euro bei Mehrfamilienhäusern. Das Kurzverfahren reicht dabei vollkommen aus, um die EU-Gebäuderichtlinie zu erfüllen. Die im Feldversuch befragten Selbstnutzer und privaten Vermieter bewerteten den dena-Energiepass als einfach verständlich und 80 Prozent von ihnen würden den Pass sogar weiterempfehlen.

Damit sich ein Hauseigentümer auf den Energiepass verlassen kann, ist es nach Einschätzung der dena immer erforderlich, dass ein qualifizierter Aussteller ein Gebäude selbst begutachtet. So genannte „Schnelltests“ oder Ferndiagnosen auf Grundlage allgemeiner Checklisten erlauben keine qualifizierte Bewertung. Ausführliche Verfahren sind dann sinnvoll, wenn zum Beispiel das Gebäude ohnehin vor einer Modernisierung genauer analysiert wird oder auf sehr detaillierte Planungsunterlagen zurückgegriffen werden kann. Hauseigentümer, die sich bereits jetzt einen Energiepass ausstellen lassen wollen, finden bei der dena alle notwendigen Informationen.

Mehr dazu im Internet unter:

www.gebaeudeenergiepass.de

dena-Kongress „zukunft haus 2005“: Wachstumsschub für Bau- branche durch energetisches Innovationsprogramm

Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) rechnet damit, dass die Bedeutung der Energieeffizienz im Gebäudebereich in den kommenden Jahren stark steigen wird.

Damit werden ein deutlicher Anstieg der Gebäudemodernisierungen und des Einsatzes von energieeffizienter Technik und Bauweisen im Neubau einhergehen.

Dies gab die dena zum Abschluss ihres diesjährigen „zukunft haus“-Kongresses in Berlin bekannt. Dazu würden vor allem die Einführung des bedarfsorientierten Gebäudeenergiepasses und die Erhöhung der Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung auf 1,5 Milliarden Euro pro Jahr beitragen. Außerdem würden innovative Sanierungsmethoden und Contractingverfahren neue Impulse geben.

Stephan Kohler, Geschäftsführer der dena: „Der bedarfsorientierte Energiepass und die Förderprogramme der Bundesregierung sind Steilvorlagen für die Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich. In Zeiten hoher Energiepreise geben sie das richtige Signal. Die Nachfrage nach energieeffizienten Gebäuden war noch nie so groß wie jetzt - und sie wird weiter steigen. Jetzt sind Strategien gefragt, die das vorhandene Know-how in die Praxis umsetzen. Denn mit neuer Technik lassen sich wirtschaftlich durchschnittlich 40 Prozent des Energiebedarfs im Gebäudebestand einsparen. Doch dieses Potenzial wird derzeit nur zu einem Drittel genutzt.“

Auf dem „zukunft haus“-Kongress trafen sich am 30.11. und 1.12. rund 330 Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Praxis und diskutierten über Strategien für mehr Energieeffizienz. Die Themen reichten vom Energiepass über energetische Gebäudesanierung und Contracting bis hin zu internationalen Marktentwicklungen und langfristigen Zukunftsvisionen.

„Der Kongress hat sich als Effizienzgipfel für Gebäudeexperten bewährt“, sagte Kohler. „Er schafft eine Plattform für die Entwicklung zukunftsfähiger Strategien. Und er zeigt, wie sehr das Interesse an dem Thema Energieeffizienz in den letzten Monaten gestiegen ist. Die Qualität des deutschen Know-hows spricht sich auch international herum. So bereitet die dena bereits in Russland und China, in Kooperation mit den dortigen Regierungen, Projekte vor. Energieeffizienz Made in Germany hat das Zeug zum Exportschlager - auch im Gebäudebereich. Insgesamt haben uns die Diskussionen auf dem Kongress darin bestätigt, dass die dena mit ihren Projekten den richtigen Weg beschritten hat.“

Der Kongress entstand mit Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie von BASF und E.ON.

Mehr zum Kongress und zur „zukunft haus“-Initiative der dena unter:
www.zukunft-haus.info

Energiekosten drastisch senken - Kommunales Energiemanagement muss deutlich verbessert werden

Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) sieht gute Chancen für einen deutlichen Innovationsschub in der kommunalen Energieversorgung.

Das ist das Fazit der dena am Ende des Kongresses „Energie-Contracting und Energieausweise - Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften“, den sie am 8. Dezember 2005 in Kassel zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden veranstaltete.

Die neue Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag Contracting verstärkt zur Verbesserung der energetischen Qualität ihrer eigenen Liegenschaften einsetzen. Seit 2003 hat die dena 38 große Bundesliegenschaften in ein Ausschreibungsverfahren gebracht. Bei erfolgreicher Umsetzung können damit Energiekosten von ca. 3,1 Mio. Euro jährlich eingespart werden. Handlungsbedarf besteht aber nicht nur in den Bundesliegenschaften, auch in den Kommunen bleiben viele Einsparpotenziale in der Energieversorgung ungenutzt. Dabei verursacht die Energieversorgung in kommunalen Liegenschaften jedes Jahr Kosten von über 2 Mrd. Euro. Steigende Energiepreise und eine angespannte Haushaltslage verstärken das Problem.

„Städte, Gemeinden und Landkreise könnten ihre Haushaltsetats um bis zu 600 Millionen Euro jährlich entlasten, wenn sie die vorhandenen Möglichkeiten zur Energieeinsparung in kommunalen Liegenschaften ausschöpfen würden“, sagte Felicitas Kraus, dena-Bereichsleiterin Energieeffizienz im Gebäudebereich. „Es gibt viele Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Einsparpotenziale in öffentlichen Liegenschaften zu nutzen, Energie-Contracting ermöglicht Energieeinsparung ohne zusätzliche Investitionen aus dem Haushalt. Einige Kommunen haben bereits positive Erfahrungen mit Contracting gemacht. Viele aber halten sich noch zurück, weil die Einsparpotenziale häufig unterschätzt oder nicht erkannt werden“.

Um den Einstieg in das Contracting zu erleichtern, unterstützt die dena Kommunen mit der „Contracting-Offensive für öffentliche Liegenschaften“. Die Offensive informiert ausführlich über Contracting– mit Publikationen, Veranstaltungen und einer Internet-Plattform. Geholfen wird hier auch bei der Vorbereitung und Durchführung eigener Ausschreibungen.

Energie-Contracting erschließt wirtschaftliche Einsparpotenziale durch Effizienzinvestitionen in technische Anlagen. Dabei garantiert ein spezialisiertes Energiedienstleistungsunternehmen einem Gebäudeeigentümer per Vertrag, die Energiekosten um einen bestimmten Prozentsatz zu senken oder Energie zu einem günstigeren Preis zu liefern. „Nicht nur die steigenden Energiepreise, auch der Energieausweis wird für stärkere Anreize zur energetischen Effizienzsteigerung in kommunalen Liegenschaften sorgen“, so Kraus weiter.

Die EU-Richtlinie „Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“ sieht ab 2006 die Einführung von Energiepässen für bestehende Gebäude vor. Das gilt nicht nur für Wohnimmobilien, sondern auch für Büro- und Dienstleistungsgebäude. Öffentliche Gebäude mit großem Publikumsverkehr und einer Nutzfläche über 1000 qm müssen dann den Energiepass an gut sichtbaren Stellen aushängen. Die öffentliche Hand soll damit eine Vorbildfunktion zur Steigerung der Gebäudeenergieeffizienz in Deutschland einnehmen.

Mehr Informationen unter:
www.contractingoffensive.de
www.gebaeudeenergiepass.de

Moderne Wohnungslüftung - Richtiges Lüften spart Geld und schützt vor Gebäudeschäden

Hausbesitzer sollten bei einer anstehenden Sanierung auf die richtige Lüftungstechnik achten.

Darauf weist die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) im Rahmen eines Fachworkshops zur energieeffizienten Wohnungslüftung bei der Bestandssanierung hin, der am 15. Dezember gemeinsam mit dem Fachverband für Energie-Marketing und -Anwendung (HEA) und dem Bundesbauministerium in Hannover durchgeführt wurde.



Steigende Energiepreise machen deutlich: Energieeffizienz ist notwendig – besonders im Gebäudebereich. Mit 1,5 Milliarden Euro jährlich will die neue Bundesregierung die Steigerung der Energieeffizienz von bestehenden Gebäuden durch energetische Sanierung fördern, denn viele wirtschaftliche Einsparpotenziale bleiben hier immer noch ungenutzt.

Um Wärmeverluste und damit auch unnötig hohe Energiekosten zu vermeiden, werden Gebäude bei der Sanierung inzwischen gut gedämmt. Gummidichtungen in Fenstern und Türen verhindern eine unfreiwillige Lüftung. Umso wichtiger ist es deshalb, effiziente Lüftungsanlagen einzubauen, die für die notwendige Erneuerung der Raumluft sorgen und Feuchtigkeit abführen. Immerhin jede fünfte Wohnung in Deutschland weist Feuchteschäden auf, 50 Prozent davon sind von Schimmelbildung betroffen.

Mit einer hocheffizienten Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung können die Wärmeverluste bei der Lüftung bis auf ein Zehntel reduziert werden. Nach Berechnungen der dena lassen sich so in einem typischen Einfamilienhaus ca. 400 Liter Heizöl sparen. Zusätzlich verhindert die Lüftungsanlage Feuchteschäden und Schimmelbildung. Sie sorgt nicht nur für ein angenehmes Raumklima, sondern reduziert außerdem die Belastung durch Allergene und Lärm. Laut HEA wurden in diesem Jahr deutschlandweit rund 40.000 Anlagen, d.h. rund 20 Prozent mehr Lüftungsgeräte mit Wärmerückgewinnung eingebaut als im vergangenen Jahr.

Nicht nur Hausbesitzer, auch Mieter können ihre Wohnung durch richtiges Lüftungsverhalten vor Schimmelbildung und Heizverlusten schützen. Durch undichte und gekippte Fenster geht wertvolle Heizenergie verloren. Fenster sollten deshalb gut schließen. Wer keine Lüftungsanlage hat, sollte mehrmals am Tag für wenige Minuten die Fenster weit öffnen. Während des Stoßlüftens die Thermostate zudrehen, sonst entweicht die Heizwärme ungehindert ins Freie.

Zur schrittweisen Einführung eines „Hoch-Effizienz-Standards“ im Gebäudebereich führt die dena das bundesweite Modellvorhaben „Niedrigenergiehaus im Bestand“ durch. 110 Wohngebäude aus ganz Deutschland werden in den nächsten Monaten so saniert, dass sie bis zu doppelt so hohe Energie-Standards erreichen wie vergleichbare Neubauten. Bereits in einer ersten Pilotphase konnte die dena zeigen, dass sich der Primärenergieverbrauch eines Wohngebäudes durch innovative Sanierungstechnik um bis zu 80 Prozent reduzieren lässt.

Große Nachfrage nach energetischer Gebäudesanierung

Eigentümer zeigen großes Interesse für die Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Gebäude. So konnte die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) bereits frühzeitig das Anmeldeverfahren für ihr bundesweites Modellvorhaben „Niedrigenergiehaus im Bestand“ beenden.

Wenn erst einmal die 110 Wohngebäude aus ganz Deutschland in den nächsten Monaten mit innovativer Sanierungstechnik auf einen besonders energieeffizienten Stand gebracht werden, können sich die Eigentümer freuen. Denn der Primärenergiebedarf wird nach der Sanierung bis zu 50 Prozent unter dem eines vergleichbaren Neubaus liegen.

„Die große Nachfrage hat unsere Erwartungen weit übertroffen“, sagte Stephan Kohler, Geschäftsführer der dena. „Energetisches Modernisieren etabliert sich allmählich auf dem Markt. Mit unserem Modellvorhaben wollen wir diesen Prozess beschleunigen. Die vorbildlichen Projekte sollen Mut machen, die enormen Einsparpotenziale bei der Bestandssanierung zu erschließen. Der Primärenergiebedarf eines Wohngebäudes kann um bis zu 80 Prozent reduziert werden.“

Unter den 110 Wohngebäuden sind alle Größen und Baualter vor 1979 vertreten: vom Einfamilien- bis zum Hochhaus, vom mittelalterlichen Fachwerkhaus bis zum Siebziger-Jahre-Bau. 40 Prozent der Gebäude gehören wohnungswirtschaftlichen Unternehmen; 60 Prozent Privateigentümern.

In einer ersten Pilotphase von 2003 bis 2005 beteiligten sich bereits 20 Wohnungsunternehmen mit insgesamt 34 Wohngebäuden am dena-Modellvorhaben. Fünf dieser Unternehmen nehmen auch an der zweiten Projektphase teil. „Mit unseren Projekten zeigen wir, dass innovative Sanierungskonzepte Häuser, Siedlungen und Immobilienbestände zukunftssicher machen. Eigentümer, die in Energieeffizienz investieren, steigern langfristig die Vermietbarkeit und den Marktwert ihrer Immobilien. Hocheffiziente Häuser machen unabhängiger von künftigen Energiepreissteigerungen“, sagte Kohler.

Die dena informiert umfangreich über die Erfahrungen aus den Projekten in Broschüren, auf zahlreichen Veranstaltungen und im Internet. Erste Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Untersuchung aller 144 Sanierungen wird die dena im Frühjahr 2006 vorstellen.

Mehr Informationen zum dena-Modellvorhaben, zu den einzelnen Projekten und zur energetischen Sanierung erhalten Sie auf der Internetseite:

www.zukunft-haus.info

Im Durchschnitt 2,44 Euro/qm monatlich für die „zweite Miete“

„Im Durchschnitt zahlen Deutschlands Mieter für ihre Wohnung 2,44 Euro pro Quadratmeter im Monat an Betriebskosten“, erklärte Dr. Franz-Georg Rips, Direktor des Deutschen Mieterbundes (DMB).

„Das bedeutet, Mieter einer 80 Quadratmeter großen Wohnung zahlen im Monat 195,20 Euro für Heizkosten und kalte Nebenkosten, das sind 2.342,40 Euro im Jahr. Damit machen die Betriebskosten im Jahr 2004 35,3 Prozent der Gesamtmietbelastung aus.“ so Rips anlässlich der Vorstellung des ersten repräsentativen, bundesweiten Betriebskostenspiegels auf einer Pressekonferenz in Berlin.

Weil sich die Betriebskosten längst zu einer „zweiten Miete“ entwickelt haben und weil aktuell bei den Heizkosten Preissteigerungen von 30 Prozent und mehr zu erwarten sind, ist für Mieter ein Instrument wichtig, mit dem eine Vergleichbarkeit der Betriebskosten hergestellt wird.

Der Deutsche Mieterbund hat in den vergangenen Monaten rund 13.000 Datenwerte des Abrechnungsjahres 2004 erfasst. Diese Daten beziehen sich auf mehr als 10 Millionen Quadratmeter Mietwohnungsfläche und lassen erstmals umfassende und repräsentative Aussagen zur Durchschnittshöhe von Betriebskosten in Deutschland zu. Der Betriebskostenspiegel wird künftig jährlich fortgeschrieben. In den nächsten Wochen werden auch Durchschnittszahlen für die einzelnen Bundesländer und für einzelne Städte veröffentlicht.

Der erste bundesweite Betriebskostenspiegel weist für 15 bzw. 16 verschiedene Betriebskostenarten Durchschnittswerte, kritische obere Grenzwerte und untere Grenzwerte aus. Die Durchschnittswerte liegen tendenziell geringfügig unter den bisher veröffentlichten regionalen Betriebskostenübersichten einzelner Städte. Die Gründe hierfür können vielfältig sein. So spielen bei den Heizkosten auch die klimatischen Verhältnisse eine wichtige Rolle, bei den kommunalen Gebühren kann es zu gravierenden Unterschieden zwischen einzelnen Städten kommen, und im Dienstleistungsbereich ist das allgemeine Lohn- und Preisniveau ein mit entscheidender Kostenfaktor.

Mit Hilfe des Betriebskostenspiegels können Mieter überblicken, ob die einzelnen Kosten der Höhe nach plausibel sind. Wohnungssuchende können vor Abschluss eines neuen Mietvertrages erkennen, ob die vorgegebenen Vorauszahlungen realistisch sind, bzw. sie erhalten Informationen, mit welcher Gesamtmietbelastung tatsächlich zu rechnen ist. Im Zuge der Überprüfung von Nebenkostenabrechnungen bieten Betriebskostenspiegel Anhaltspunkte für überhöhte oder unwirtschaftliche Kostenpositionen. Vermieter haben die Chance, Ausreißerpositionen zu erkennen, vergleichsweise hohe Ausgaben für einzelne Betriebskostenarten zu identifizieren und ggf. Maßnahmen zur Kostenreduzierung einzuleiten.

Der Betriebskostenspiegel steht im Internet unter www.mieterbund.de zur Verfügung und kann problemlos ausgedruckt werden.

Sanierung - Komponenten im Praxistest

Bei mehr als zwei Drittel aller Modernisierungsprojekte wird auf energetisch wirksame Maßnahmen verzichtet. Das ist eine verpasste Chance für oft mehrere Jahrzehnte.

Im BINE-Projekt-Info „Gebäude sanieren – Komponenten im Test“ wird am Beispiel von zwei Gebäuden gezeigt, wie sich mit der energetisch consequenten Sanierung ein echter Mehrwert für Gebäude und Bewohner erzielen lässt.

Weitere Informationen unter:

www.bine.info/temp1_main.php/gebaeude/technik_komponenten



Förderung von Solarwärmeanlagen - Anträge trotz Förderstopp stellen!

Die Initiative Solarwärme Plus weist jedoch darauf hin, dass auch weiterhin Förderanträge beim Bundesamt für Wirtschaft (BAFA) gestellt werden können.

Für das Jahr 2005 sind die Bundesmittel zur Förderung von Solarwärmeanlagen zwar ausgeschöpft. Neue Anträge werden aber voraussichtlich im folgenden Jahr bewilligt. Mit dem Bau einer Solarwärmeanlage können Antragsteller inzwischen schon beginnen.

Das Marktanreizprogramm des Bundes zur Förderung erneuerbarer Energien ist in diesem Jahr so gut angenommen worden, dass schon Ende Oktober die für 2005 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erschöpft waren. Deshalb können in diesem Jahr keine Förderzusagen mehr gegeben werden. Hausbesitzer, die den Bau einer Solarwärmeanlage planen, sollten sich trotz des derzeitigen Bewilligungsstopps nicht von einer Antragstellung abhalten lassen.

Denn wie die Initiative Solarwärme Plus mitteilt, können für neu gestellte Anträge ab 2006 wieder Förderzusagen erteilt werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass für das Förderprogramm neue Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Die Höhe der Zuschüsse wird sich nach den zum Zeitpunkt der Zusage gültigen Förderkonditionen richten.

Bislang wurden Solarwärmeanlagen zur Warmwasserbereitung mit 105 Euro pro Quadratmeter Kollektorfläche und Anlagen zur Heizungsunterstützung mit 135 Euro pro Quadratmeter Kollektorfläche bezuschusst. Fördermittel, die im Lauf des Jahres 2005 bereits bewilligt wurden, werden auch in dieser Höhe ausbezahlt.

Wichtig für alle neuen Antragsteller: Sobald das Bundesamt für Wirtschaft und Ausführungkontrolle (BAFA) den Eingang des Förderantrags bestätigt hat, kann mit dem Bau der Solarwärmeanlage begonnen werden. Dies geschieht dann allerdings auf eigenes finanzielles Risiko, denn aus dem Zwischenbescheid kann noch keine spätere Bewilligung von Fördermitteln abgeleitet werden. Bislang durfte der Startschuss erst nach der verbindlichen Förderzusage fallen.

Weitere Informationen zu Technik, Planung und Installation von Solarwärmeanlagen bietet die Initiative Solarwärme Plus unter der Hotline 0 18 02/00 08 70 (6 Cent pro Gespräch) oder im Internet unter www.solarwaerme-plus.info.

Die Initiative Solarwärme Plus ist eine Informationskampagne der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, des Bundesindustrieverbandes Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik, der E.ON Ruhrgas AG, der VNG - Verbundnetz Gas AG und des Zentralverbandes Sanitär Heizung Klima (ZVSHK).

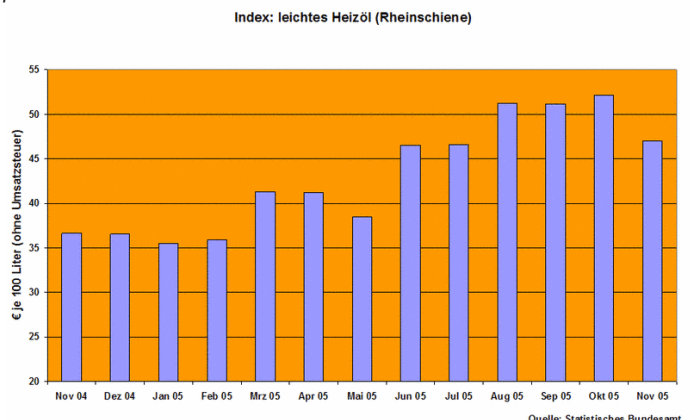
Entspannung auf dem Weltmarkt lässt Heizölpreise auch in Deutschland sinken

Der aktuell veröffentlichte Wert des Statistischen Bundesamtes für die so genannte Rheinschiene ist im November auf 46,99 €/hl gesunken.

Somit lag der Novemberwert um nahezu 10% unter dem des Oktobers (52,11€/hl). Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag der Wert im November 2005 um über 28% höher.

Die Angaben sind die Indexwerte für die so genannte „Rheinschiene“.

An diesen Preis sind vielfach Preisänderungsklauseln von Gaspreisen und Wärmelieferpreisen gekoppelt.



Termin	Titel	Veranstalter	Link
17.01.2006 Stuttgart	Vom Energiepass zum Energieausweis	Institut für Fortbildung gGmbH	www.ifbau.de
17. - 22.01.2006, Essen	DEUBAU 2006 und ausbau+fassade 2006	Messe Essen GmbH	www.deubau-essen.de
18. - 19.01.2006, Berlin	ICLEAN ENERGY POWER 2006	erneuerbare energien GmbH	www.energiemessen.de
18.01.2006 Kassel	Der Energiepass für Wohngebäude	Zentrum für Umweltbewusstes Bauen e.V.	www.zub-kassel.de
24.01.2005 Frankfurt	GreenBuilding-Workshop der dena	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	www.green-building.de
25.01.2006 Freital	Fachworkshop „Strategien in der Bestandssanierung in Ostdeutschland“	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	www.dena.de
26. - 29.01.2006, Sindelfingen	Haus & Energie Sindelfingen	Peter Sauber Agentur	www.messe-sauber.de
02.02.2006 Stuttgart	Contracting in der kommunalen Praxis: Potenziale und Erfahrungen	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	www.dena.de
04.02.2006 Leipzig	Fachveranstaltung Niedrigenergiehaus im Bestand	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	
14.02.2006 Bochum	Energiekonferenz 2006 Effizienz steigern - Erträge optimieren	EBZ Europäisches Bildungszentrum	www.e-b-z.de
14. - 16.02.2006, Essen	E-world	Messe Essen GmbH	www.e-world-2006.com
21. - 25.02.2006, Berlin	Bautec - Internationale Fachmesse für Bauen und Gebäudetechnik	Messe Berlin)	www.bautec.com

Impressum

Herausgeber

Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)
 Chausseestr. 128a
 10115 Berlin
 Tel: 030 / 72 61 65 – 600
 Fax: 030 / 72 61 65 – 699
 Email: info@dena.de
www.dena.de
www.zukunft-haus.info

Redaktion und Layout

vme - Verlag und Medienservice Energie
 Jürgen Pöschk
 Körtestr. 10
 10967 Berlin
 Tel: 030 / 2175 2107
 Fax: 030 / 2175 2109
 Email: info@vme-energieverlag.de
www.vme-energieverlag.de

© 2005 Deutsche Energie-Agentur GmbH